



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Der Nationalsozialismus und die Bürgerlichen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

richtete daher den Hauptangriff gegen die Kommunistische Partei. Dieser Kampf wurde vom Nationalsozialismus ohne Rückendeckung geführt.

Die Partei hatte schon in den ersten Jahren der Bewegung erfahren, daß ihr die Anhänger aus allen Schichten und Lagern zufließen. Als sie im Jahre 1929 zu neuem Vorstoß ansetzte und ihre Werbetätigkeit über ganz Deutschland ausbreitete, erhielt sie den größten Zuzug aus den Reihen jener Parteien, die sich immer noch die bürgerlichen nannten. Je weiter die Entwicklung fortschritt, desto sichtbarer wurde diese Erscheinung, so daß es so aussah, als ergäbe sich daraus keine Schwächung der marxistischen Front, sondern nur eine Umgruppierung der antimarxistischen Kräfte. Bei dieser Betrachtungsweise wurde übersehen, daß diese Umgruppierung die Stoßkraft der antimarxistischen Kampfgruppe verstärkte. Zugleich wurde der nationale Grundzug deutlicher hervorgehoben und die revolutionäre Tendenz auf weitere Kreise übertragen. Die Vermehrung, die die Partei Hitlers auf Kosten ihr nächstehender Parteien erfuhr, wirkte also in jedem Fall auf eine stärkere Sammlung und auf eine Festigung der antimarxistischen Front.

Erst als die Bewegung im Jahre 1929 siegreich in Thüringen einbrach und dem Lande in der Person des nationalsozialistischen Führers Frick einen Minister stellte, erkannte man, daß die Partei den Kampf um die Macht in Deutschland, und damit zugleich den Kampf mit dem System, mit der Bekämpfung des Marxismus zu vereinigen wußte. Der Marxismus war eben so tief in dem Regierungssystem verankert, daß beides zugleich aus Halt und Rahmen gesprengt werden mußte, um die Bahn frei zu machen.

Damit war der Kampf um die Macht zu einem Ringen um Deutschland geworden.

Es war die entscheidende Wendung, die zum völligen Gestaltwandel Deutschlands hinführte. Sie wäre nicht so rasch erfolgt, wenn Deutschlands Schicksal nicht wieder einmal von außen her bestimmt worden wäre.

Noch im Jahre 1928 hätte niemand diese Wandlung voraussagen gewagt. Es war das vierte Jahr des Dawesplanes und als solches das des größten Wahlerfolges, den die Sozialdemokratische

Partei in ihrer Spätzeit erlebte. Mit 9,3 Millionen Stimmen war sie am 20. Mai aus der Reichstagswahl hervorgegangen, wieder 153 Sitze an sich raffend, und zog als vorherrschende Partei mit dem Reichskanzler Hermann Müller und drei Ministern in eine neue Regierung ein.

Zwar wetterleuchtete es schon am Horizont, denn die Tributzahlungen des Reiches waren so gestiegen, daß die Zahlungsfähigkeit von Termin zu Termin abnahm, aber noch wurden die Zahlungen auf dem Kreditweg flüssig gemacht, noch wurden die Kapitalien, die die öffentlichen Gewalten, die Gemeinden und die Privatwirtschaft aufgenommen hatten, dem Ausland verzinst, noch bedachte man nicht, daß die „Erprobung des Dawesplans“ nicht eine Erprobung der deutschen Tributwilligkeit sei und als solche nur von der Zahlungsfähigkeit abhängt, sondern daß die Vertragsherren von Versailles auf diesen Plan die immer noch unbegrenzte Schuldverpflichtung Deutschlands gegründet hatten.

Vergebens versuchte Stresemann den Vertrag von Locarno zur Räumung der Rheinlande und zur Inangriffnahme der allgemeinen Abrüstung in Beziehung zu bringen. Der Vertrag wurde von Frankreich nicht als genügende zusätzliche Sicherung anerkannt und das Rheinland jetzt als Pfand der Zahlungserfüllung bewertet und festgehalten.

Als die Amerikaner am 27. August 1928 den Kelloggpaakt vorlegten, der die Achtung des Krieges als eines nicht mehr anwendbaren Mittels der Politik aussprach, war das nichts anderes als eine moralische Sicherung des Status quo auf pazifistischer Grundlage.

Unterdessen lief das vierte Dawesjahr ab — Deutschland war wieder einmal am Ende, und zwar nach vier Probejahren, die es mit der Ausrichtung von durchschnittlich 4,5 Milliarden bezahlt hatte. Hätten die Vertragsherren von Versailles in diesem Augenblick Einsicht walten lassen und die Fesseln soweit gelöst, daß Deutschland der Schuldknechtschaft enthoben worden wäre und seine Souveränität wiedererlangt hätte, so wäre die Erfüllungspolitik vielleicht doch noch von der Entwicklung sanktioniert worden. Aber es kam anders.

Die Mächte dachten um so weniger daran, Deutschland freizugeben, als Politik und Wirtschaft nun unlöslich verknüpft waren und